

Liebe Genossinnen liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



natürlich ist auch in dieser Plenarwoche wieder die Flüchtlingssituation ein zentrales Thema gewesen. Wir haben unseren Gesetzesentwurf zur Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung in Niedersachsen ebenso durchgesetzt wie den rot-grünen Antrag auf bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Niedersachsen. Die SPD-Fraktion setzt damit klare Zeichen: Der soziale Wohnungsbau

muss für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land vorangetrieben werden. Darunter fallen auch in der aktuell prekären Lage also nicht nur Flüchtlinge, sondern selbstverständlich auch junge Auszubildende, Studierende, Alleinlebende und –erziehende sowie Senioren, die ebenfalls unter der Knappheit an bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum leiden.

Auf der Tagesordnung:

u.a

Bezahlbarer Wohnraum
für alle in Nds

Gesetzesentwurf zur erleichterten
Flüchtlingsunterbringung (NFUEG)

Gute Arbeit durch
Gesundheitsförderung
am Arbeitsplatz

Aktuell: Bezahlbarer Wohnraum für alle in Nds

Das Land Niedersachsen rechnet im laufenden Jahr mit der Aufnahme von etwa 10 % aller Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Somit kann man sich auf rund 80.000 Asylsuchende einstellen, die neben anderen Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen auch auf der Suche nach Wohnraum sind. Auch wenn die Landesregierung bereits im Juli 2015 ein 400 Mio.-€-Sofortprogramm für den sozialen Wohnungsbau aufgestellt hat und zudem mit 6,5 Mio. € ein Sonderprogramm für studentisches Wohnen ins Leben gerufen hat, welches für den Bau mehrerer hundert zusätzlicher Plätze in Studierendenwohnheimen zur Verfügung steht, so sieht man weiteren Bedarf bei der Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum. Somit wird sich die rot-grüne Landesregierung weiter dafür einsetzen, den Bund in seine Verantwortung zu nehmen. Auf Bundesebene müssen Maßnahmen zur stärkeren Aktivierung des Neubaus von Mietwohnungen und zur Modernisierung im Bestand beschlossen werden. Wohnraum für allerlei Menschen in

Deutschland, die sich nicht aus eigener Kraft versorgen können, muss geschaffen werden.

Das Niedersächs. Gesetz zur Erleichterung der Unterbringung von ausländ. Flüchtlingen, welches von uns durchgesetzt wurde, wird auch bereits einen Beitrag zur Entschärfung der Wohnungsmarktsituation leisten. Dieses ermöglicht nämlich bis Ende 2019 befristete und beschränkte Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Flüchtlingsunterbringung. Das heißt konkret die Auflockerung des Bauordnungsrechts und des Denkmalschutzes auf Zeit, um die Schaffung bzw. Umrüstung von Gebäuden und Einrichtungen für Flüchtlinge zu erleichtern, solange die Situation dies erfordert. Das heißt nicht, dass nun jeder drauf los bauen kann wie er will, aber dass landesrechtliche Anforderungen die einer zeitnahen Problemlösung entgegenstehen aufgelockert werden. Die Bauverwaltungen werden die weiterhin bestehenden Regelungen überprüfen. Von diesem Gesetz werden langfristig auf jeden Fall Aus- und Inländer profitieren.

Gute Arbeit:

Orientiert an der „Anti-Stress-Verordnung“ der IG Metall setzt sich die Landesregierung für die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ein und fordert eine gesetzliche Verordnung zur Regelung von psych. Belastungen in der Arbeitswelt. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordern wir den Ausbau von Rehabilitationsmaßnahmen und die Weiterentwicklung der betriebl. Gesundheitsvorsorge. Gesundheitszirkel bestehend aus den Arbeitnehmern könnten z.B. in den Betrieben Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsplätze nehmen und so die Motivation steigern und die Fehlzeiten senken.

Stellungnahme: Windkraftanlagen

Am 12. November 2015 habe ich Stellung zu drei Petitionen zum Thema Abstandsregelungen bei Windkraftanlagen genommen. Die FDP hatte drei Petitionen strittig gestellt obwohl sich die Berichterstatter von SPD und CDU einig waren. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Energiewende von der FDP offensichtlich nicht wirklich gewollt ist.



Ihr und euer Axel!